

Initiative Frieden mit Russland

Diskussionspapier zum Ukraine Konflikt (Stand 13.5.2022)

Die politische Situation in Deutschland ist gekennzeichnet von Kriegshysterie und offenem Russenhasse. Es gibt unter den Bundestagsparteien kaum eine politische Kraft, die auf Mäßigung, Vernunft, Diplomatie und Verständigung orientiert, von den sogenannten Qualitätsmedien ganz zu schweigen. Die Politik der US-Regierung setzt auf Eskalation des Kriegsgeschehens und versucht, einen langandauernden Stellvertreterkrieg der Ukraine gegen Russland durchzusetzen. Bewusst werden die klassischen Mittel der Diplomatie und der Friedenssicherung, die verlangen, sich in die Sichtweise der Gegenseite hineinzusetzen, durch einen Kurs des Wirtschafts- und Propagandakriegs gegen Russland ersetzt. Die US-Regierung und in deren Gefolge auch die deutsche Bundesregierung meinen, sie könnten die naheliegenden Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation ignorieren.

Für alle Konfliktparteien ist der Grundsatz handlungsleitend, der auf Clausewitz zurückgeht: *„Wir haben uns den Krieg als kein selbstständiges Ding, sondern als ein politisches Instrument zu denken. Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“* Wohl wissend, dass zwischen Nuklearmächten dieses so uneingeschränkt nicht mehr gilt, haben Russland und die USA am 16. Juni 2021 bei ihrem Gipfeltreffen in Genf gemeinsam festgestellt: *„Heute bekräftigen wir den Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.“*

Seit 2006 sind diplomatische Initiativen, insbesondere von Frankreich und Deutschland, zur Lösung des Ukraine-Konfliktes zu erkennen (s. anliegende Chronologie). Aber sowohl die Vorschläge des französischen Präsidenten Chirac 2006 als auch des deutschen Außenministers Steinmeier von 2014 wurden durch Intervention der USA zunichte gemacht. Das gleiche Schicksal erfuhr der Stufenplan Steinmeiers von 2016 zur Umsetzung des Minsker Abkommens. Selbst die Zusage der Ukraine gegenüber Bundeskanzler Scholz am 14. Februar 2022 zur Umsetzung des Minsker Abkommens wurde nur vier Tage später von dem ukrainischen Präsidenten wieder zurückgenommen. Ein letzter Vermittlungsversuch von Präsident Macron am 20. Februar 2022 zwischen Biden und Putin wurde von Biden abschlägig beantwortet. Erste Ergebnisse in den Gesprächen in Istanbul am 29. März 2022, die auf Vermittlung des türkischen Präsidenten zustande kamen, wurden von der ukrainischen Seite am 3. April wieder zurückgenommen.

Die bisher von Bundeskanzler Scholz verfolgte Strategie hatte erkennbar das Ziel, Deutschland nicht in die Position einer Kriegspartei für die Ukraine zu bringen, um zwei Optionen offen zu halten: Weiterhin eine mögliche zukünftige Vermittlerrolle einzunehmen und eine direkte militärische Verwicklung durch operative Militärunterstützung zu vermeiden. Seine Warnung vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges entsprang glaubhaft wirklicher Besorgnis. Diese Strategie scheiterte mit dem Beschluss des Bundestages vom 28. April. Er ist nichts anderes als ein verdecktes Misstrauensvotum unter Mitwirkung der eigenen Regierungsfractionen. Mit diesem Bundestagsbeschluss ist Deutschland Kriegspartei geworden. Die transatlantischen Bellizisten haben sich durchgesetzt. In welchem desolaten Zustand sich die etablierten Nato-Parteien befinden, zeigt ausgerechnet die Rede des AfD-Politikers Gauland, in der zum Ausdruck kommt, was einmal sozialdemokratische Politik ausmachte: *„Nur ein Kompromiss, aber nicht der Sieg der einen oder anderen Seite kann diesen Krieg beenden. Die Lieferung schwerer Waffen ist dazu kein sinnvoller Beitrag.“* Fazit: Scholz hat seine Richtlinienkompetenz in Sachen Außenpolitik verloren; sie liegt jetzt in Washington.

Die derzeitige Situation ist nur zu erklären, wenn sie als Teil der geopolitischen Strategie der USA verstanden wird. Die Invasion russischer Truppen in die Ukraine ist der vorläufige Endpunkt einer 1989/90 begonnenen aggressiven Eskalationspolitik der Nato unter Führung der USA gegenüber der Russischen Föderation. Die RAND Corporation, der Think Tank des Pentagon, hat 2016 eine Studie *„War with China – Thinking Through the Unthinkable“* (Krieg mit China – Das Udenkbare denken) erarbeitet, in dem vier Kriegsszenarien für den Zeitraum bis 2025 durchgespielt werden. Es ist die Vorläuferstudie

zu „Overextending and Unbalancing Russia“ (Russland überfordern und destabilisieren) von 2019, nach der der Ukraine-Konflikt inszeniert wurde. So wie Osteuropa das Aufmarschgebiet gegen Russland ist, ist es der Indopazifik gegen China. Das ist die geopolitische Bühne, auf der sich zur Zeit alle Konflikte abspielen und in die sich auch der Ukraine-Konflikt einfügt. Die Nato ist das militärische Instrument gegen Russland; gegen China wird gerade eine pazifische Nato – AUKUS und QUAD – aufgebaut. Was die Ukraine strategisch für die USA gegenüber Russland, ist es Taiwan gegenüber China.

Wir haben es mit einer umfassenden imperialistischen Strategie der USA zu tun, die ihren historisch absehbaren Niedergang als Weltmacht mit allen Mitteln aufzuhalten versucht.

Ukraine: Eskalation und Diplomatie – eine Chronologie

Der Weg in die Eskalation⁽¹⁾

- 1990 Zusicherung des Westens, im Austausch der Nato-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands, keine weitere Ausdehnung der Nato nach Osteuropa vorzunehmen.
- 1994 Memorandum von Bukarest zum Abzug der Atomwaffen aus Belarus, Kasachstan und der Ukraine.
- 1997 Nato-Russland-Grundakte mit der Verpflichtung, in den absehbaren neuen Nato-Staaten keine „substanziellen“ Truppen „dauerhaft“ zu stationieren
- 1999 Nato-Krieg gegen Jugoslawien unter Umgehung des UN-SR;
Nato-Erweiterung I: Polen, Tschechien, Ungarn
- 2000 Beschluss des ukrainischen Parlamentes, anderen Staaten zeitlich begrenzt die Stationierung von Atomwaffen zu erlauben ^(1a)
- 2001 Putins Rede vor dem Bundestag mit dem Angebot für eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur
- 2002 Austritt der USA aus dem ABM-Vertrag von 1972 zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen, offiziell aus Anlass der Attentate vom 11.9.2001
- 2003 Beginn der „bunten“ Revolutionen mit westlicher Unterstützung in Georgien (2003), Ukraine (2004), Kirgisien (2005)
- 2004 Nato-Erweiterung II: Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowakei, Slowenien
- 2007 Putins Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz, Aufforderung an die Nato, die russischen Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen, Verweis auf Grundakte
- 2008 Nato-Beschluss für perspektivischen Beitritt der Ukraine und Georgiens; Krieg Georgiens mit Unterstützung der USA gegen Süd-Ossetien, militärisches Eingreifen Russlands
- 2009 Nato-Erweiterung III: Kroatien, Albanien
- 2010 Nato-Beschluss zum Aufbau einer Raketenabwehr, die auch offensiv genutzt werden kann;
Urteil des IGH zur völkerrechtlichen Legitimität der Sezession des Kosovo
- 2011 Nato-Bombardierung Libyens unter Missbrauch des UN-SR Beschlusses einer Flugverbotszone
- 2014 Maidan-Putsch in der Ukraine unter Mitwirkung der USA, Eingliederung der Krim in die Russische Föderation, Bildung der Donbass-Republiken; Nato-Beschluss zur Schaffung neuer schneller Eingreiftruppen im Umfang von 40.000 Mann
- 2015 Abkommen Minsk II, als völkerrechtlich verbindlich durch den UN-SR bestätigt; Weigerung der Ukraine zur Umsetzung des Abkommens und Beginn des Krieges gegen die Donbass-Republiken
Das ukrainische Parlament bekräftigt und präzisiert den Beschluss aus dem Jahr 2000 zur Stationierung von Atom- und Massenvernichtungswaffen ^(1b)
- 2016 Nato-Beschluss zur dauerhaften Stationierung von vier Bataillonen (ca. 4.500 Mann) in Osteuropa
- 2017 Nato-Erweiterung IV: Montenegro
das U.S. 7th Army Training Command betreibt das Yavoriv Combat Training Center in Jaworiv in der Ukraine nahe der polnischen Grenze, in dem das 35rd Infantry Brigade Combat Team der

- Florida Army National Guard stationiert ist ⁽²⁾
- 2018 Nato-Beschluss zur Krisenreaktion (4x30): 30 Bataillone, 30 Flugzeugstaffeln, 30 Schiffe in 30 Tagen einsatzbereit
- 2019 Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA; Veröffentlichung einer Studie der RAND-Corporation (Pentagon) zur Strategie der Destabilisierung Russlands („Unbalancing Russia“), dazu gehören u.a. innere Unruhen in den Anrainerstaaten zu fördern (Belarus, Ostukraine, Bergkarabach);
Am 7.2. wird eine Nato-Mitgliedschaft als Verfassungsauftrag in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben
- 2020 Nato-Erweiterung V: Nordmazedonien;
am 23. Januar erklärt der Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe, Resmikow, dass die Ukraine auf einer Revision der Minsker Vereinbarungen besteht
- 2021 Am 25.3. Veröffentlichung der Militärdoktrin der Ukraine, Inhalt: Integration in die Nato-Strukturen, Rückgewinnung von Krim und der Donbass-Gebiete;
Reaktivierung des 56. US-Artilleriekommandos in Wiesbaden (bis zu seiner Auflösung 1991 zuständig für die damaligen Pershing-II-Raketen, die mit dem INF-Vertrag von 1987 aus Westdeutschland abgezogen wurden), zuständig für neue Basen von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa: in Rumänien (Deveselu) und Polen (Slupsk-Redzikowo);
- 2022 Ankündigung der Ukraine auf der Münchner Sicherheitskonferenz zur möglichen atomaren (Wieder)Bewaffnung unter Bezugnahme auf das Budapester Memorandum von 1994;
am 21. Februar völkerrechtliche Anerkennung der beiden Donezk-Volksrepubliken durch Russland und am 22. Februar Abschluss eines Beistandspaktes;
am 24. Februar militärischer Einmarsch Russlands in die Ukraine unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta

Versuche der Diplomatie

- 2006 Frankreichs Präsident Chirac unterbreitet Russland den Vorschlag einer Ukraine-Neutralität, die vom NATO-Russland-Rat hätte garantiert und überwacht werden können. Die russische Seite signalisierte Interesse. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice lehnte den Vorschlag ab. ⁽³⁾
- 2014 21. Februar, die Außenminister Deutschlands (Steinmeier) und Polens (Sikorski) sowie der französische Außenstaatssekretär (Fournier) unterzeichnen mit Vertretern der ukrainischen Regierung und der Opposition eine Vereinbarung über Neuwahlen und einer Verfassungsreform (mit Autonomiestatus des Donbass) bis September 2014
22. Februar, Maidan-Putsch unter der Regie der US-Beauftragten Nurland
Februar, die Werchowna-Rada verabschiedet Gesetze zur Diskriminierung der russischen Minderheit (Sprache)
16. März, Referendum der Krim zum Eintritt in die RF
7. April, Erklärung der Autonomie in den Donbass-Oblasten (Volksrepubliken)
6. Juni, Einrichtung des Normandie-Formates, Teilnehmer sind Frankreich, Deutschland, Russland; Bildung der Trilateralen Kontaktgruppe (OSZE, Russland, Ukraine)
5. September, Abkommen Minsk I (Minsker Protokoll), Ziel: Waffenstillstand, Unterzeichner: Ukraine, OSZE, Russland, Volksrepubliken;
19. September Ergänzung von Minsk I durch das „Minsker Memorandum“ zur Umsetzung des Waffenstillstandes, Unterzeichner: Ukraine, OSZE, Russland, Volksrepubliken
- 2015 12. Februar, Minsk II („Maßnahmenpaket zur Implementierung der Minsker Vereinbarungen“) zur Umsetzung von Minsk I, Unterzeichner: Ukraine, OSZE, Russland, Volksrepubliken, Ziel: Waffenstillstand, Verfassungsreform in der Ukraine, Wahlen in den Volksrepubliken; Garantiestaaten: Frankreich, Deutschland, Russland (Normandie-Format)
17. Februar, Resolution Nr. 2202 des UN-SR zum völkerrechtlich verbindlichen Status der Minsk II-Vereinbarung
- 2016 Steinmeier schlägt Stufenplan zur Realisierung von Minsk II vor ⁽⁴⁾: 1. Wahlen im Donbass

- unter Aufsicht der OSZE, 2. Selbstverwaltungsstatus in der Verfassung für die Donbass-Gebiete (analog Bundesländer in Deutschland), 3. Demilitarisierung des Donbass, 4. Wiederherstellung der ursprünglichen ukrainischen Ostgrenze (territoriale Integrität), im Ergebnis wäre die Ukraine ein föderal verfasster Bundesstaat mit Autonomiestatus seiner Regionen geworden; Ablehnung durch die Kiewer Regierung
- 2019 18. Februar, eine von Russland beantragte Sitzung des UN-SR zum Thema „5 Jahre Minsker Abkommen“ findet nicht statt
8. September, Treffen der „Kontaktgruppe“ in Minsk, die Ukraine unter dem neuen Präsidenten Selenski weigert sich, den Steinmeier-Stufenplan von 2016 zu unterschreiben und damit in Kraft zu setzen
- 2021 17. Dezember, Vertragsentwürfe Russlands an die USA und die Nato über gegenseitige Sicherheitsgarantien
- 2022 10. Februar, US- und Nato-Ablehnungsschreiben zu den Vertragsentwürfen Russlands vom Dezember 2021
14. Februar, Scholz erreicht in Kiew die Zusage von Präsident Selenski, das Minsk-II-Abkommen umzusetzen (Wahlen im Donbass und Autonomiestatus des Donbass in der Verfassung) ⁽⁵⁾
15. Februar, Scholz teilt in Moskau das Ergebnis Präsident Putin mit
16. Februar, OSZE-Bericht über verstärkten Beschuss des Donbass durch die Ukraine seit 15.2.
17. Februar, Bericht der Ukraine über den Beschuss eines ukrainischen Kindergartens durch Truppen der Volksrepubliken, die OSZE konnte das nicht bestätigen⁽⁶⁾, ihr Bericht vermerkt ein 1 Meter großes Loch in der Nordost-Fassade des Gebäudes, entgegengesetzt der Schussrichtung aus dem Donbass, keine Opfer
18. Februar, auf Grund des verstärkten Beschusses werden ca. 100.000 Bewohner aus dem Donbass nach Russland evakuiert
19. Februar, anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz schlägt Bundeskanzler Scholz dem ukrainischen Präsidenten vor, dass die Ukraine ihre Neutralität erklären solle als Bestandteil eines Sicherheitsabkommens zwischen dem Westen und Russland; die Sicherheit der Ukraine würde zusammen von Russland und den USA garantiert; Selenski lehnt ab, u.a. begründet er es mit dem Artilleriebeschuss v. 17. Februar ^(5a)
20. Februar, Präsident Macron versucht Putin und Biden zur Zustimmung zum Vorschlag von Scholz zu bewegen; Biden ging darauf nicht ein ^(5b)
29. März, unter Vermittlung der Türkei Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul; die Ukraine bietet Neutralität unter internationalen Sicherheitsgarantien an, Russland akzeptiert eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine
3. April, angebliches Massaker der russischen Armee in Butscha (nach dem Muster des Racak-Massakers 1999 in Jugoslawien); die Ukraine zieht daraufhin die am 29. März gemachten Vorschläge in wesentlichen Punkten zurück; Ausweisung von über 200 russischen Diplomaten aus westeuropäischen Ländern und der Vertretung der EU, nur 48 Stunden nach dem „Massaker von Butscha“, das als Anlass genommen wurde, was einen de facto Abbruch der diplomatischen Beziehungen bedeutet (Vorstufe zum Kriegszustand)
8. April, Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk (nach dem Muster des Artilleriebeschusses auf dem Markale-Markt in Sarajewo 1995)
19. April, Wiederholtes Angebot der RF an die eingeschlossenen Kämpfer in Mariupol zur Kapitulation, Ablehnung durch Kiew (nach dem Muster von Stalingrad 1943)

Anmerkungen

⁽¹⁾ nach: IMI, Ausdruck, März 2022 u. Henken, Der Ukraine-Krieg, Referat/Manuskript Berlin 5.4.22
^(1a, 1b) Henken, a.a.O.

⁽²⁾ sonar21.com, Russia Exploits Ukraine's Western Flank, Nato briefing u. T.J.Coles, Gods of War, The Grayzone

1.4.22 (deutsch: Ukraine als Stolperstein, Rubikon 27.4.22)

⁽³⁾ Interview des beteiligten Diplomaten Maurice Gourdault-Montagne in: Le Journal de Dimanche v. 27.2.22

(4) www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/steinmeierformel/2253700

(5, 5a, 5b) Wall Street Journal v. 1.4.2022 „Vladimir Putin’s 20-Year March to War in Ukraine – and How the West

Mishandled It“

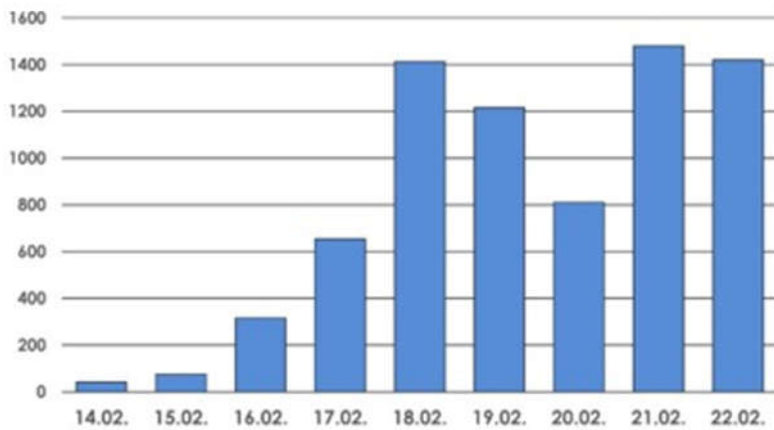
(6) OSCE, Special Monitoring Mission to Ukraine, Report 38/2022, 18.2.22, S. 3, unter:
https://www.osce.org/files/2022-02-18%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=23379

Angriff auf den Donbass

Die Anzahl der im Donbass registrierten Explosionen erhöhten sich in der zweiten Februarhälfte 2022, Quelle: OSZE Tagesberichte.

Seit Monaten hatte es dort so gut wie keine Kämpfe mehr gegeben, aber die neutralen Beobachter der Organisation zählten ab dem Nachmittag des 17. März 1400 Explosionen pro Tag aus Richtung der ukrainischen Truppen. Das kann ein Indiz für einen bevorstehenden Angriff auf die Volksrepubliken sein, der mit diesen Artillerieangriffen vorbereitet werden sollte.

Nombre d'explosions enregistrées au Donbass (14-22 février 2022)



[Source: OSCE SMM Daily Reports]